

Dr. Jürgen Stark
Vizepräsident
der Deutschen Bundesbank

Universität und Innovation
- Wissen als Produktionsfaktor -

Gastvortrag bei der
Estnisch-Deutschen Akademischen Woche
(Academica VIII)
in Tartu (Estland)
am 27. September 2004

– Es gilt das gesprochene Wort –

Seite 1 von 18

Deutschland und Estland haben Jahrhunderte lange enge kulturelle und wirtschaftliche Verbindungen. Sie reichen bis ins 13. Jahrhundert in die Zeit des Livländischen Staatenbunds zurück. Mit der Mitgliedschaft estnischer Städte in der Hanse im 14. Jahrhundert intensivierten sich die Handelsbeziehungen zwischen den beiden Regionen. Enge wissenschaftliche Kontakte entstanden im Gefolge der Wiedereröffnung der Universität Tartu als Kaiserliche Universität zu Dorpat im Jahre 1802.

Die Universität Tartu hat das geistige Leben, die Gesellschaftsordnung und die ethnischen Beziehungen in der Region beeinflusst. Wahrscheinlich brauche ich nicht daran zu erinnern, welche bedeutende Rolle die Universität bei der Vermittlung europäischer Hochkultur in den baltischen Staaten und in Russland hatte. Ich empfinde große Hochachtung vor dieser Stadt - der „Stadt der guten Gedanken“ - , und vor dieser Universität die eine sehr wechselvolle und auch schmerzliche Geschichte hinter sich hat. Ich weiß, welche nachhaltige Bedeutung die Universität Tartu über die Jahrhunderte hinweg und für die gesamte baltische Region hatte. Auch in schwieriger Zeit ist an der Universität Tartu Kontinuität in der Tradition unabhängiger wissenschaftlicher Forschung und Lehre gewahrt worden. Deshalb ist es für mich eine besondere Ehre zur Estnisch-Deutschen Akademischen Woche eingeladen zu sein und hier und heute sprechen zu dürfen.

Die gemeinsame Zukunft in der Europäischen Union wird die Zusammenarbeit zwischen Estland und Deutschland noch enger werden lassen. Über die letzten Jahre hat sich zwischen den beiden Zentralbanken eine gute und konstruktive

Zusammenarbeit entwickelt. Gouverneur Kraft und seine Mitarbeiter sind in der Bundesbank seit vielen Jahren als hoch geschätzte Kollegen gut bekannt. Eine auf Stabilität und Solidität ausgerichtete Politik hat zusammen mit der wirtschaftlichen Dynamik Vertrauen bei Investoren und damit gute Voraussetzungen für den wirtschaftlichen Aufholprozess geschaffen.

Eine gemeinsame Zukunft heißt gemeinsam Grundlagen für Wohlstand, Wirtschaftswachstum und Beschäftigung zu schaffen und zu sichern. Die Europäischen Union steht hier vor großen Herausforderungen.

I.

Innovationen sind die Grundlage unseres zukünftigen Wohlstands. In einer globalisierten Welt können Lohnniveau und soziale Sicherungssysteme nur aufrechterhalten werden, wenn die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit nicht überfordert und die internationale Konkurrenzfähigkeit bewahrt werden. Dabei gilt es die Innovationsfähigkeit eines Landes insbesondere wegen der sich verändernden Altersstrukturen in den europäischen Gesellschaften zu erhalten und zu stärken. Es ist nicht leicht, Wohlstand und Wohlfahrt auf hohem Niveau zu sichern, wenn jede nachfolgende Generation kleiner ist als die vorhergehende.

Um dieses Ziel zu erreichen, hat auch der Europäische Rat eine weit reichende Neuorientierung staatlicher Innovationspolitiken empfohlen. Das in der „Lissabon Agenda“ im Jahr 2000 formulierte Ziel, die EU zum wettbewerbsfähigsten und dynamischsten Wirtschaftsraum zu machen, erfordert in vielen

Bereichen – Gesellschaft, Wirtschaft, Sozialpolitik, Bildung - ein tief greifendes Umdenken. Bildung und Wissenschaft haben in diesem Zusammenhang eine außerordentliche Bedeutung für die Gesellschaft.

Aber: Was sind Innovationen, und wie entstehen sie? Der Begriff „Innovation“ ist untrennbar mit dem Namen Joseph A. Schumpeter¹ verbunden. Nach seiner Definition ist Innovation die Planung, Erzeugung und Durchsetzung neuer Produkte, neuer Produktqualität, neuer Produktionsverfahren, neuer Methoden für Organisation und Management sowie die Erschließung neuer Beschaffungs- und Absatzmärkte. In der Schumpeterschen Theorie der wirtschaftlichen Entwicklung ist ökonomischer Wandel ein ständiger „Prozess schöpferischer Zerstörung“, der von kreativen Menschen ausgelöst wird. Der Unternehmer fungiert in diesem Zusammenhang als Förderer und Träger solcher Verdrängungsprozesse. Unternehmerpersönlichkeiten verdrängen mit „dynamischen, neuen Kombinationen“ alte überholte Produktionsstrukturen und lösen auf diese Weise Entwicklungsschübe aus. Die so verursachte „schöpferische Zerstörung“ ist essenzieller Bestandteil eines Innovationsprozesses.

Innovationen spielen sich in der Gegenwart vor einem Hintergrund ab, der bereits in den 1960er Jahren mit dem Begriff „knowledgeable society“ umschrieben wurde. Der Managementtheoretiker Peter F. Drucker² beschrieb die Wissensgesellschaft als eine Gesellschaft, in der Wissen der

¹ Schumpeter, Joseph A.: Theorie der wirtschaftlichen Entwicklung, eine Untersuchung über Unternehmerrgewinn, Kapital, Kredit, Zins und den Konjunkturzyklus, 2. neubearb. Aufl., München u. a. 1926.

² Drucker, Peter F.: The age of Discontinuity, New York 1969.

zentrale Produktionsfaktor ist und nicht mehr Arbeit, Kapital, Boden oder Rohstoffe. Beschäftigung und Wertschöpfung erfolgen vor allem im tertiären Sektor, und dort wiederum schwerpunktmäßig im Bereich der wissensintensiven Dienstleistungen wie Forschung und Entwicklung, Marketing, Logistik, Verwaltung. Die Entwicklung der Wissensgesellschaft wird dabei von einem wirtschaftlichen Strukturwandel auch infolge einer intensiver werdenden Arbeitsteilung zwischen den Volkswirtschaften begleitet: Die Arbeitsplätze im Güter produzierenden Sektor wandern tendenziell in Niedriglohnländer ab. Der komparative Wettbewerbsvorteil der fortgeschrittenen Volkswirtschaften im globalen Wettbewerb liegt im Erbringen wissensintensiver Dienstleistungen.

II.

Wenn Wissen der entscheidende Produktionsfaktor der Zukunft ist, rückt naturgemäß die Rolle des schulischen und universitären Systems in den Mittelpunkt der Betrachtung. Die Hoffnung, durch die Förderung von Wissen und die Bildung von „Humankapital“³ als Summe der durch formale Bildung erworbenen Fähigkeiten, Fertigkeiten und Kenntnissen das Wirtschaftswachstum fördern zu können, spielt in der wirtschaftspolitischen Diskussion in Europa eine zunehmend wichtige Rolle. Hierzu mag beitragen, dass Maßnahmen, die zur Bildung von Humankapital erwogen werden, wie etwa eine bessere Schul- und Universitätsausbildung oder die Förderung von Grundlagenforschung, oft gesellschaftlich weniger konflikträchtig erscheinen als andere Konzepte zur Förderung des Wachstums. Zu denken ist etwa an die Reform von sozialen Sicherungssystemen oder Deregulierungen am Arbeitsmarkt und

³ Becker, Gary S.: Human Capital, A Theoretical and Empirical Analysis with Special Reference to Education, New York, London, 1964.

die mit solchen Vorschlägen oft verbundenen politischen Auseinandersetzungen. Allerdings muss kritisch gefragt werden, ob die weit reichenden Erwartungen von Politikern und der öffentlichen Meinung in die Rolle von Wissen und der Bildung von Humankapital durch den Stand der wissenschaftlichen Diskussion auch gedeckt werden.

Die Entwicklung der wissenschaftlichen Diskussion über die Bestimmungsgründe des Wirtschaftswachstums der letzten zwei Jahrzehnte war im Wesentlichen durch zwei relevante Entwicklungen gekennzeichnet. Zum einen wurden die Ansätze der so genannten "neuen" Wachstumstheorie entwickelt und zunehmend diskutiert. Zum anderen gab es geradezu eine Explosion von Arbeiten, die versuchten, die Bestimmungsgründe der Wachstumsunterschiede zwischen Ländern empirisch zu ermitteln.

Ausgangspunkt der theoretischen Diskussion war unter anderem ein gewisses wirtschaftspolitisches Unbehagen an der bis dahin dominierenden neoklassischen Wachstumstheorie, die Robert Solow in den fünfziger Jahren entwickelt hatte. Diese Theorie schien kaum Raum für wirtschaftspolitische Einflussmöglichkeiten auf die langfristige Wachstumsrate zu bieten. Vielmehr hing das Wachstum langfristig nur von der als exogen angenommenen Rate des technischen Fortschritts ab. Auch höhere Investitionen konnten nach diesem Ansatz nur das langfristige Pro-Kopf-Einkommen beeinflussen, aber das Wachstum nur vorübergehend stimulieren. In der Folge erschien es manchem Beobachter so, als wäre die Wachstumstheorie gerade dann in eine Sackgasse geraten, als sie am dringlichsten gebraucht wurde. Denn spätestens in den achtziger Jahren des

vergangenen Jahrhunderts gerieten eine Reihe von Industriestaaten in wirtschaftliche Schwierigkeiten, die sich nicht mehr als rein konjunkturelle Krise deuten ließen.

In dieser Situation schlugen einige Wissenschaftler, unter ihnen Robert Lucas und Paul Romer, einen Ansatz vor, der unter den Schlagwörtern des "endogenen Wachstums" bzw. der "neuen Wachstumstheorie" rasch an Aufmerksamkeit und Popularität gewann. Die Argumente des neuen Ansatzes sind im Detail unterschiedlich. So betont das Modell von Lucas⁴ die Akkumulation von Wissen als zentrale Triebfeder des Wachstums. Dagegen stellt Romer⁵ eine Erweiterung des Kapitalbegriffs um das Humankapital in den Mittelpunkt seiner Überlegungen.

Die wirtschaftspolitischen Konsequenzen der Ansätze sind dennoch ähnlich. Aus der hohen Bedeutung des Wissens als Quelle des Wirtschaftswachstums folgt, dass es sinnvoll sein könnte, die Bildung von Wissen auch staatlich zu fördern. So ist es möglich, dass Grundlagenforschung den Charakter eines öffentlichen Guts hat und positive externe Effekte nach sich zieht. D. h.: ihr Nutzen für die Gesamtwirtschaft ist größer, als die Entlohnung für den einzelnen Forscher. Daraus folgt, dass die Anreize für den einzelnen Forscher unzureichend sein könnten und es zu einer Unterversorgung mit diesen Gütern kommen kann, wenn der Markt sich selbst überlassen bleibt.

Ebenfalls ist es wichtig, die privaten Anreize für Bildung neuen Wissens zu verbessern. Eine Möglichkeit ist, durch Patente die

⁴ Lucas, Robert E.: On the Mechanics of Economic Development, in: Journal of Monetary Economics 1988(22), S. 3-42.

⁵ Romer, Paul: Increasing Returns and Long-Run Growth, in: Journal of Political Economy 1986(94), S. 1002-1037.

Ausschließbarkeit wieder herzustellen. Dann geht der Ertrag einer Innovation nicht, oder zumindest nicht sofort, an den Konkurrenten, der hier als technologischer „Trittbrettfahrer“ erscheint. Vielmehr hat der Innovator zumindest für eine gewisse Zeit das Recht auf die Erträge seiner Erfindung, also auf so genannte Pioniergewinne. Dies stärkt natürlich den Anreiz, marktrelevantes Wissen zu vermehren.

Aus der Sicht der neuen Wachstumstheorie, die eher die Bedeutung des Humankapitals betont, lässt sich auch ökonomisch ein Plädoyer für eine Verbesserung des Schul- und Ausbildungssystems ableiten. Alles in allem liefert die neue Wachstumstheorie eine Begründung für die Wichtigkeit zumindest bestimmter politischer Handlungen für das Wirtschaftswachstum. Der Staat kann, etwa indem er für ein effizientes Ausbildungssystem sorgt oder die Grundlagenforschung fördert und das Patentwesen organisiert, das Wirtschaftswachstum nachhaltig erhöhen.

Obwohl die theoretischen Ansätze der neuen Wachstumstheorie inzwischen weitgehend akzeptiert zu sein scheinen, stellt sich für den Wirtschaftspolitiker die Frage nach der quantitativen Bedeutung solcher Effekte. Zur Erklärung von regionalen Wachstumsunterschieden liegt eine sehr große Anzahl empirisch orientierter Arbeiten vor. Die Arbeiten sind gleichzeitig so divers, dass es schwer fällt, abschließend über den Effekt von Humankapitalbildung und der Förderung der Grundlagenforschung zu urteilen.

In einer jüngst erschienenen Übersichtsstudie der US-amerikanischen Ökonomen Bosworth und Collins⁶, in der eine Vielzahl anderer Studien ausgewertet und zusammengefasst wird, kommen diese zu dem Ergebnis, dass das Humankapital für das Wachstum zwar nicht zu vernachlässigen sei, der Effekt aber wohl nicht ganz so groß und gesichert ist, wie es in mancher wirtschaftspolitischen Diskussion angenommen wird.

So ermitteln die beiden Autoren, dass die Industrienationen insgesamt zwischen 1990 und 2000 durchschnittlich um real 2,5 % gewachsen sind. Von diesem Wachstum gehen aber - nach ihren Ergebnissen - "nur" 0,3 Prozentpunkte auf die Bildung von Humankapital zurück. Auch hinsichtlich der Bedeutung der Bildung für das Wirtschaftswachstum mahnen die Ergebnisse der Studie zur Vorsicht: So werde bei vielen Untersuchungen im Querschnitt-Vergleich der Länder nur auf die Länge der Ausbildung abgehoben und oft deren Qualität vernachlässigt. Trägt man dem Aspekt der Qualität der Bildung stärker Rechnung, so ergeben sich Einflüsse der Bildung auf das Wirtschaftswachstum, die recht klein erscheinen, zumindest gilt dies für die Industrienationen.

Dennoch: die Bedeutung des Humankapitals für das Wirtschaftswachstum ist nicht zu vernachlässigen. Humankapital ist keine reine Mengenfrage, sondern hier geht es auch darum, welche Maßstäbe wir an die Ausbildung anlegen, welche Freiheiten den Bildungsinstitutionen eingeräumt werden und welche Mischung aus staatlichen und privaten Einrichtungen wir zulassen.

⁶ Bosworth, B.P und S.M. Collins: The Empirics of Growth: An Update, in: Brookings Papers on Economic Activity 2003(2), S. 113-206.

III.

Der Trend zur Wissensgesellschaft wird jedenfalls zu einem Bedeutungsgewinn der Bildung und Ausbildung und damit auch der Hochschulen und Universitäten führen. Es stellt sich nun die Frage, wie es ermöglicht werden kann, eine Ausbildung anzubieten, die sich stärker auf gesellschaftliche und wirtschaftliche Veränderungen einstellt, sie begleitet und sogar vorantreibt.

Wegen der historischen Bindung dieser Universität zu Deutschland möchte ich mich auf die deutschen Universitäten beziehen. International sind die deutschen Hochschulen für ihre Orientierung am Humboldtschen Bildungsideal bekannt, das Wilhelm von Humboldt⁷ mit der Gründung der Berliner Universität zu Beginn des 19. Jahrhunderts zu verwirklichen suchte. Zum einen forderte Humboldt die Einheit von Forschung und Lehre, eine fruchtbare Gemeinschaft von Lehrenden und Lernenden, in der beide für die Wissenschaft da sind. Zum anderen sollte das universitäre Wahrheitsstreben nicht nur der Wissenschaft dienen, sondern wurde von Humboldt auch als eminentes Mittel zur Charakterbildung angesehen.

Die Betonung der Persönlichkeitsbildung ist das herausragende Merkmal des Humboldtschen Bildungsideals. Doch leugnete Humboldt selbst keineswegs den Ausbildungsaspekt. Seit den frühen Tagen der mittelalterlichen Universität haben die wissenschaftlichen Hochschulen immer auch der Berufsausbildung gedient. Humboldt sah Selbstverwirklichung

⁷ Von Humboldt, Wilhelm: Über die innere und äußere Organisation der höheren wissenschaftlichen Anstalten in Berlin, in: Adolf Harnack, Geschichte der Königlich Preußischen Akademie der Wissenschaften zu Berlin, Bd. 2, Berlin 1900, S. 361-367.

durch wissenschaftliche Forschung und Berufsausbildung in enger Verschränkung. Allerdings interpretierte er den Ausbildungsaspekt im Sinn von staatsbürgerlicher Nützlichkeit, nicht unter dem Aspekt wirtschaftlicher Verwertbarkeit.

Hundert Jahre später verpflichtete Max Weber mit seinem Postulat der Werturteilsfreiheit der Wissenschaft die Universität, auf jegliche Einmischung in die praktische Politik zu verzichten. Nach Weber⁸ „gilt innerhalb der Räume des Hörsaals nun einmal keine andere Redlichkeit als eben: schlichte intellektuelle Rechtschaffenheit.“ Die ‚wissenschaftliche‘ Vertretung von praktischen Stellungnahmen ist seiner Auffassung nach unmöglich. Max Webers Aussage über die Trennung von Wissenschaft und Politik bildet die Grundlage der Freiheit von Forschung und Lehre. Sie ist auch heute noch Ausgangspunkt aller Debatten über Wissenschaftsethik.

Friedrich August von Hayek⁹ betonte viele Jahre später den historischen Kontext der Weberschen Äußerungen. Die Rede Webers stammt aus einer Zeit krisenhafter politischer Zuspitzung. Auch für von Hayek ist intellektuelle Redlichkeit die Grundbedingung echter Wissenschaft. Da es aber politische Systeme gibt, die dieses Verhalten erschweren, bedarf es einer gesellschaftlichen Ordnung, die intellektuelle Redlichkeit ermöglicht. Für von Hayek besteht ein enger Zusammenhang zwischen den Idealen der Wissenschaft und den Idealen der persönlichen Freiheit.

⁸ Weber, Max: Wissenschaft als Beruf, in: Max Weber, Gesammelte Aufsätze zur Wissenschaftslehre, 2., durchges. u. erg. Auflage, Tübingen 1951, S. 566-597.

⁹ Von Hayek, Friedrich A.: Wirtschaft, Wissenschaft und Politik, in: Friedrich August von Hayek, Wirtschaft, Wissenschaft und Politik, Aufsätze zur Wirtschaftspolitik, hrsg. v. Victor Vanberg, Tübingen 2001, S. 65-82.

Beide Auffassungen, sowohl die Humboldtsche Betonung der Persönlichkeitsbildung wie auch das Webersche Postulat der Trennung von Wissenschaft und Politik, wiesen der deutschen Universität einen Weg, der es ihr noch in den 50er Jahren des vergangenen Jahrhunderts gestattete, anwendungsfernes Forschen und forschendes Lernen zu propagieren. Eine Kehrtwende vollzog sich Mitte der 60er Jahre im Zuge der Debatte um den „Bildungsnotstand“. Das alte Bildungsideal stand in scheinbarem Widerspruch zur Aufgabe, Fachkräfte für die moderne Industriegesellschaft auszubilden. Die Hochschulen sollten nun vorrangig zu Ausbildungsinstitutionen entwickelt werden. Die Konzentration auf die Berufsausbildungsfunktion und die Ausbildung zu Wissensträgern wurden in den Jahren danach noch forciert. Die Universität vollzog somit – zumindest teilweise – einen Paradigmenwechsel.

IV.

Ist heute wieder eine neue Ausrichtung der Universität gefragt? Soll die Universität eher auf Spezialisten, Anwendungsbezug und Praxisrelevanz setzen oder auf forschendes Lernen und Persönlichkeitsbildung? Die Antwort auf diese Frage muss m. E. differenziert ausfallen.

Anders als in den fünfziger und sechziger Jahren des vergangenen Jahrhunderts können wir heute nicht mehr davon ausgehen, dass einmal getätigte Lerninvestitionen für das gesamte Leben tragen. Dies verlangt von den Beschäftigten erhebliche Anpassungen, vor allem erneute und kontinuierliche Investitionen in ihr Humankapital. Bei einem Wechsel des Arbeitsplatzes wird nicht ohne weiteres im gleichen Sektor ein

neuer Arbeitsplatz zu finden sein. Daher müssen Arbeitnehmer über eine möglichst breite Qualifikation verfügen, die es erlaubt, sich bei einer veränderten Bewertung ihres Humankapitals schnell auf neue Beschäftigungsverhältnisse umzustellen. Hierzu muss die Fähigkeit entwickelt werden, gesellschaftliche, wirtschaftliche, technische und rechtliche Zusammenhänge zu erkennen und zu interpretieren. Strategisches Denken und die Fähigkeit zu Problemlösungen sind gefragt.

Wichtig sind neben Basisqualifikationen die Bereitschaft zu lebenslangem Lernen, Anpassungsvermögen und Flexibilität. Der Arbeitsmarkt von morgen verlangt von den Arbeitnehmern, auf der Basis eines breit angelegten Qualifikationsprofils exzellentes Spezialistenwissen vorzuhalten, aber auch die Fähigkeit, Neues zu erkennen und unkonventionelle Lösungen zu erarbeiten.

V.

Europa - und insbesondere Deutschland - müssen verstärkte Anstrengungen zur Erhöhung des Produktionspotenzials unternehmen, um den Wohlstand bei alternder und schrumpfender Bevölkerung zu sichern. Besteht vor diesem Hintergrund die Gefahr der Erosion der Wissensbasis und einer geringeren Innovationsbereitschaft? Auch wenn der Faktor Humankapital in seiner quantitativen Bedeutung für die wirtschaftliche Entwicklung begrenzt ist, können Bildung, Forschung und Entwicklung einen wichtigen Beitrag leisten. Zu klären ist, welche Rolle der Staat dabei zu übernehmen hat. Ist eine Erhöhung der Ausgaben notwendig? Und in welcher Weise müssen sich die Universitäten an die veränderten Bedingungen anpassen?

Für eine staatliche Finanzierung von Bildung und Forschung spricht, dass sie Eigenschaften eines öffentlichen Gutes aufweisen. Investitionen in Bildung und Forschung versprechen nicht nur die höchste individuelle Rendite, es entsteht auch ein erheblicher gesellschaftlicher Nutzen. Eine öffentliche Mittelzuführung sollte jedoch nicht an staatliche Vorgaben geknüpft werden. Eingriffe sollten sich hier auf die Bereiche der Forschung beschränken, in denen ethische Grenzen eine große Rolle spielen.

Für ein finanzielles Engagement des Staates spricht auch, dass Chancengleichheit - oder besser: Chancengerechtigkeit - für alle Bürger erreicht werden soll. In einem Bildungssystem ohne staatliche Beteiligung besteht die Gefahr, dass der Zugang zu den Bildungseinrichtungen oftmals angesichts fehlender finanzieller Mittel nicht möglich ist.

Doch mit der Erhöhung der öffentlichen Mittel alleine ist es nicht getan. Erfolg versprechender für eine Verbesserung der Ergebnisse der Wissenschafts- und Bildungseinrichtungen in Europa erscheint eine geänderte Verwendung öffentlicher Mittel. Die Haushaltsprioritäten in Europa müssen sich auf allen staatlichen Ebenen zugunsten von Bildung und Forschung verändern. Dazu gehört, dass über alle Finanzhilfen und Steuervergünstigungen neu entschieden werden muss.

Dass hohe Ausgaben nicht zwangsläufig gewünschte Ergebnisse garantieren, legt ein Blick auf die deutschen Hochschulen nahe. Die Bildungsrendite eines Hochschulstudiums ist in Deutschland im Vergleich zu den USA deutlich geringer. Ursache hierfür dürfte insbesondere die geringere Studiendauer in den Vereinigten

Staaten sein. Die Absolventen treten früher in das Erwerbsleben ein. Da das Studium in Deutschland weitgehend kostenfrei ist, dürfte der Anreiz hier hingegen geringer sein, zügig einen Abschluss anzustreben.

Sicher ist die Frage nach der Finanzierung von Bildung und Forschung nicht allein unter finanziell-ökonomischen Gesichtspunkten zu sehen, doch geht es letztlich um die Konkurrenz um knappe öffentliche Mittel.

VI.

Wie können Universitäten ihrer Aufgabe gerecht werden und einen Beitrag für den künftigen Wohlstand der Länder Europas leisten? Insbesondere deutsche Universitäten beklagen staatliche Bevormundung, Überregulierung, bürokratische Hemmnisse und damit einhergehende Ineffizienzen. Sie sind in vielen Einzelheiten – u. a. Haushaltstitel, Lehrstuhlwidmungen, Personalentscheidungen – an ministerielle Vorgaben gebunden. Der planerisch-strategische Handlungsspielraum ist gering. Ein notwendiger Anpassungsprozess sollte m. E. folgende Elemente enthalten:

- Unteilbarkeit von Forschung und Lehre.
- Mehr Autonomie und Eigenverantwortung für Universitäten.
- Mehr Wettbewerb, um Talente zu entdecken und zu fördern.
- Verbesserte finanzielle Ausstattung durch Mittelumschichtung zugunsten von Bildung und Forschung.

Grundsätzlich kann es nicht darum gehen, Universitäten zu „reinen Lehranstalten“ zu entwickeln. Auch in Zukunft sollte neben der Lehre die Teilhabe der Studierenden an den neuesten Forschungsergebnissen ein Element der universitären Ausbildung sein. Der Begriff des forschenden Lernens geht dabei über die von Humboldt geprägte Bedeutung hinaus, da es heute nicht mehr ausreicht, sich lediglich mit den Forschungsergebnissen des jeweils Lehrenden auseinanderzusetzen.

Entscheidend ist, dass die Universitäten wieder mehr echte Autonomie erhalten. Hierzu gehören in erster Linie eigene Entscheidungsbefugnisse sowie umfassende Kompetenzen im Personal- und Finanzbereich.

Mehr Autonomie ist die Voraussetzung für mehr Wettbewerb. Dabei ist durchaus auch zu erwägen, Lehrkräfte flexibler und leistungsgerechter zu entlohnen. Zu einer wettbewerblichen Ausrichtung der Hochschullandschaft gehört die Möglichkeit, eigene Schwerpunkte beim Angebot von Studiengängen zu setzen, um qualifizierte Studierende anzuziehen. Nicht zuletzt ist die Auswahl der Studierenden eine Aufgabe, die dezentral von den Universitäten selbst gelöst werden kann. Stattdessen werden in Deutschland Studenten in Engpassfächern in einem administrativ-planwirtschaftlichen Verfahren über eine zentrale Vergabestelle auf die Universitäten verteilt.

Wenn die Universitäten ihren Aufgaben gerecht werden sollen, benötigen sie eine angemessene finanzielle Ausstattung. Hier geht es weniger um eine Erhöhung der staatlichen Ausgaben insgesamt als vielmehr um eine neue Prioritätensetzung zugunsten der Hochschulen. Es ist auch daran zu denken, die

Studierenden an den Kosten zu beteiligen. Und dies nicht nur aus finanziellen Gründen, sondern auch um geeignete Anreize zu setzen. Wenn für Bildung ein Preis zu entrichten ist, werden die Nachfrager eher veranlasst, ihre Entscheidung sorgfältig zu prüfen.

Als Modell für mehr Eigenverantwortung könnte das Modell der Stiftungsuniversität dienen. Eine Universität als Stiftung zu konstituieren ist in Deutschland grundsätzlich gestattet, verlangt aber von den einzelnen Bundesländern eine gesetzliche Anpassung. Mit der Überführung in eine öffentlich-rechtliche Stiftung sind die Universitäten rechtlich und wirtschaftlich eigenständig. Ihre Gebäude und Grundstücke bilden das Gründungskapital, der Staat zahlt weiterhin den Großteil des Etats für Forschung und Lehre. Über das vorhandene Geld kann die Universität frei entscheiden. Insbesondere sind Lehrstuhlberufungen allein eine Angelegenheit der Universität und eine Abstimmung mit dem Ministerium ist nicht mehr erforderlich.

VII.

Mehr Wettbewerb und mehr Eigenverantwortung können auch dazu beitragen, der häufig beklagten Abwanderung hoch qualifizierter Wissenschaftler entgegen zu wirken. Die am häufigsten genannten Gründe für die Abwanderung sind:

- Unzureichende Organisation des Lehrbetriebs.
- Bessere Karriereöglichkeiten im Ausland.
- Schlechte finanzielle Ausstattung deutscher Hochschulen.

- Unzureichende Vernetzung mit Wissenschaftlern innerhalb und außerhalb der Hochschule

Die Konsequenzen sind schwerwiegend: Wissensbasierte, hoch entwickelte Volkswirtschaften in Europa geraten durch die Abwanderung von Spitzenkräften unter Druck. Die Innovationsfähigkeit nimmt ab.

Diesen Prozess umzukehren oder wenigstens zu stoppen, aus dem „brain drain“ ein „brain gain“ werden zu lassen, ist eine besondere Herausforderung der Bildungspolitik. Der Schlüssel zur Lösung des Brain-drain-Problems liegt jedoch nicht nur im universitären Bereich. Denn offenbar sind europäische Hochschulen immerhin gut genug, um der US-Forschung als sprudelnde Nachwuchsquelle zu dienen. Neben den Reformen im Hochschulwesen ist auch ein mentaler Wandel gefordert, muss eine gesellschaftliche Offenheit für das Neue geschaffen werden. Zu den Umfeldbedingungen, die innovatives Handeln positiv beeinflussen, gehören die Haltung von Politik und Gesellschaft zur Übernahme von Risiken, die die Gefahr des Scheiterns in sich trägt, aber ohne die eine Gesellschaft in wirtschaftlichen, sozial- und bildungspolitischen Bereichen stagniert.